

In diesem schicksalhaften Jahr 2026 finden abermals zahlreiche Wahlen statt. An den Straßen Niedersachsens sieht man gephotoshoppte Antlitze egalere Menschen ohne Inhalt, deren Aufgabe es ist, den Proporz ihrer eigenen Partei zu wahren. Nun verhält es sich manchmal so, dass Wähler, die sich für eine Partei entscheiden, noch am Wahlabend davon bitterlich enttäuscht werden. Den Jammer, den Mitglieder der CDU erlitten haben müssen, als der designierte Bundeskanzler Friedrich Merz mit den Stimmen des abgewählten Bundestages noch eben schnell sämtliche Wahlversprechen nach der Wahl für null und nichtig erklärt hat, kann sich der geneigte Zyniker sicherlich ausmalen.

Jetzt ist allerdings auch die Zeit, in der das Fehlverhalten von Emporkömmlingen nicht immer gänzlich folgenlos bleibt. In Ostdeutschland, wie es Menschen nennen, die zwar Himmelsrichtungen kennen, aber seit 1989 nicht mehr das Haus verlassen haben, ist etwa die AfD derzeit die stärkste Kraft in Umfragen. Das hat vermutlich wenig damit zu tun, dass die Menschen keine Ausländer mögen, und viel damit, dass die Menschen es leid sind, sich verarschen zu lassen. Völlig folgerichtig steht die SPD nach mindestens 28 Jahren der angewandten Arbeiterkritik in Umfragen „im Osten“ bei höchstens fünf Prozent.

Es überrascht nicht, dass in der SPD, die 1949 nachdrücklich für die Einführung der Fünfprozenthürde gestimmt hat, um der KPD das Leben schwer zu machen, jetzt Stimmen laut werden, die über die Absenkung dieser Hürde nachdenken. Politik ist, wenn noch Tröge für die Schweine übrig sind. Dass Wolfgang Kubicki, neuerdings das Gesicht von Aufbruch und Fortschritt in der siechen F.D.P., in einem taz-Interview zum 3. August dieses Jahres völlig korrekt darauf hingewiesen hat, dass man trotzdem lieber keine Partei wählen sollte, auf die man gar keinen Bock hat, nur um einer anderen Partei zu schaden, weil das nun mal völliger Hirnriss ist, ist insofern als Beobachtung zum Zeitgeschehen gar nicht so blöd. Der Gedanke, ausgerechnet mit der SPD, die dort, wo sie noch regiert, zusammen mit ihren Komplizen von CDU/CSU und Grünen hart daran arbeitet, der AfD einen schlüsselfertigen Überwachungsstaat hinzustellen, hätte man im Parlament ein Gegengewicht für letztere, legt Zeugnis darüber ab, dass das Wahlrecht für alle Erwachsenen oft gar keine so gute Idee ist.

In dieses politische Zeitgeschehen hinein veröffentlichte Dirk Winkler beim Humanistischen Pressedienst nun gleichfalls am 3. August unter der Überschrift „Politik konfigurieren statt Pakete wählen“ eine zuvor unter anderem schon von der Piratenpartei einigermaßen erfolglos vertretene Idee: Statt dass zusehends mehr Wahlberechtigte, darunter auch ich, sich gegen das Wählen entscheiden, weil in jeder zur Wahl stehenden Partei auf eine gute Idee grob fünf wirklich widerliche

Forderungen kommen, sollten die Ideen und Forderungen in Volksentscheiden separat zur Wahl gestellt werden. Es sollen nicht die Gesamtpakete, in denen allzu oft die guten Ideen diejenigen sind, die zuerst dem Koalitionsfrieden geopfert werden, die Richtung des Landes bestimmen, sondern eine Auslese auf dem freien Marktplatz der Ideen. Vertreter der meisten Parteien, als solche eher Bewahrer des Status quo zugunsten der eigenen Pfründe, argumentieren naturgemäß einigermaßen vehement gegen diesen Vorschlag, nimmt er ihnen doch die bis 1918 sorgsam aufgebaute und seitdem aufgrund mangelnder Revolutionsbereitschaft der Deutschen schlicht beibehaltene Stellung in einem System, das Besseres verdient hätte. Wenn wir aber auf das Wohlwollen der Parteien angewiesen sind, wenn wir eine Alternative zu ihrer Herrschaft ermöglichen wollen, dann dürfte dies von vornherein zum Scheitern verurteilt sein. Es führt also in keinem realistischen Fall ein Weg an der ebenso unrealistischen Revolution vorbei. Schade!

Einen alternativen Vorschlag für das System nach der Revolution - eine demokratisch organisierte Monarchie ohne Parlamente - hatte ich im Rahmen dieser Sendung bereits vor einiger Zeit kundgetan, es bleibt insofern hier kein Raum für eine ausschweifende Behandlung. Die Vorteile, so statt meines Vorschlags aber dereinst die Idee von mehr Volksentscheiden auch zwischen zwei Wahlen umgesetzt werden wird, liegen derweil auf der Hand: dass der nominelle Souverän eben nicht mehr dazu verurteilt bleibt, zwischen zwei Wahlen hilf- und tatenlos dabei zuzuschauen, wie die von ihm Gewählten aus wenig mehr als Postengier gegen seine Interessen handeln, weil die Kröten, die er zum Wohle seiner politischen Anliegen geschluckt hat, blöderweise das Einzige sind, das bei der Verdauung übrig blieb, und er selbst, diesmal im Wortsinne, die Wahl hat, wie sein Leben künftig gestaltet werden möge. Die Notwendigkeit für parteipolitische Populismen entfele in gleichem Maße wie das diffuse Gefühl, dass die da oben doch eh machen, was sie wollen, wenn man selbst der ist, der mit ihnen da oben ist.

In politisch aufgeheizten Kreisen geht seit inzwischen doch einigen Monaten das Bonmot umher, die von staatstragenden Rednern beschworene Unseredemokratie - ein Wort - sei etwas grundsätzlich anderes als Demokratie. Vielleicht steckt da ein Körnchen Wahrheit drin. Aber mir scheint es noch nicht zu spät zu sein, die Unseredemokratie aus populistischer Hand wieder in die unsere zu legen. Eine der möglichen Ideen habt ihr gerade gehört.